

3756 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

über den Beschluß des Nationalrates vom 9. November 1989 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird

Der gegenständliche Gesetzesbeschluß, der eine Erhöhung der Postgebühren ab 1. Jänner 1990 vorsieht, zielt als Beitrag der Post zu einer weiteren Konsolidierung des Bundeshaushaltes auf das Erreichen von Mehreinnahmen im Jahr 1990 von rund 650 Millionen Schilling - dies entspricht einer Einnahmensteigerung um weniger als 6 % - ab. Diese Maßnahme zur Budgetentlastung ist auch betrieblich gerechtfertigt, da sie einem Absinken der trotz Ausschöpfung aller Rationalisierungsmaßnahmen im Leistungsbereich Postdienst bestehenden Kostenunterdeckung vorbeugt. Der gegenständliche Beschluß des Nationalrates entspricht auch der im Arbeitsübereinkommen zwischen den Koalitionspartnern vom 16. Jänner 1987 festgelegten Zielsetzung einer stärkeren betriebswirtschaftlichen Orientierung der Tarife bei der Post.

Auch nach dem Wirksamwerden der vorgesehenen Maßnahmen, die insgesamt den Verbraucherpreisindex nur um ca. 0,011 Prozentpunkte erhöhen werden, werden die österreichischen Postgebühren im Rahmen des Gebührenniveaus anderer vergleichbarer Länder liegen.

Die Einführung einer Reihe von zusätzlichen Gebührenstufen bei den Massensendungen sowie die Zulassung von Paketen als Antwortsendungen bringen Erleichterungen für die versendende Wirtschaft.

Der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 21. November 1989 in Verhandlung genommen und mehrstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 9. November 1989 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1989 11 21

Peter Köpf
Berichtersteller

Norbert Pichler
Vorsitzender